

Schule im Blick ● punkt

Informationen des Landeselternbeirats Baden-Württemberg



Familie als verschenktes Potenzial

- Professor Werner Sacher über Gütekriterien der Elternarbeit

Immer mehr Jugendliche beim Psychiater

- Stationäre Klinikaufenthalte haben sich verdreifacht

Doppelter Jahrgang und Abi 2012

- Wie Schulen und Land sich darauf vorbereiten

Wer schließt die MINT-Lücke?

- Stand der Naturwissenschaften an Realschulen

Warum aus Barbie nicht Batman wird

- Mädchen zwischen Häkelnadel und High-Tech

Mit Multikulti kommt keiner weiter

- Studie fordert nüchterne Integrationsdebatte

Qualitätsoffensive soll Spitzenplatz sichern

- Minister Rau über weitere bildungspolitische Projekte

4 Seiten Hochschule aktuell

Inhaltsverzeichnis

Jugendgesundheit:

Immer mehr Jugendliche beim Psychiater 3

Forschung: Gütekriterien der Elternarbeit 4

Abitur 2012: Vorbereitungen von Schulen und Land . . 10
Ländervergleich
Baden-Württemberg – Bayern 12

Bildungspolitik: Projekte des Kultusministeriums 13

Kommentar: Mädchen in MINT-Programmen 16

MINT-Probleme: Naturwissenschaften an Realschulen. . . 17

Migration: Neue Studie zu Integration 18
Hauptschule: 10 Argumente für die Hauptschule im Dorf . 23

Hochschule aktuell

Studienproteste:

Minister Frankenberg zu Bologna-Prozess 24

Studium: In Schule und Uni überfordert? 26

Studienbotschafter: Ausweitung von „Gscheit studiert“ 27



Christiane Staab,
Vorsitzende des Landeselternbeirats

Liebe Leserinnen und Leser,

Wenn ich gefragt würde, was das Bildungstichwort des Monats ist, so fiel mir spontan das Wort „Überforderung“ ein. Lehrer sagen, sie seien überfordert, Eltern fühlen sich überfordert, Kinder sind überfordert, das hat in erschreckendem Umfang das statistische Landesamt festgestellt. Während wir in vielen Bereichen eine gefühlte Überforderung haben (was schlimm genug ist), so haben wir sie in Bezug auf unsere jüngsten und schwächsten Glieder der Gesellschaft schwarz auf weiß. Die Zahl der Kinder, die psychisch erkranken, steigt erschreckend. Ebenso bestürzend wie diese Meldung war die Reaktion des Sozialministeriums, das mit einem Ausbau der Klinikbetten Abhilfe schaffen will. Vergeblich warteten Eltern auf ein Statement derjenigen Stelle, der sie ihre Kinder tagtäglich anvertrauen müssen: dem Bildungsressort.

Dabei zeigt die nackte Statistik auf, was der Landeselternbeirat seit Jahren moniert. Am System Schule wird immer und immer wieder herumgebastelt, ohne dass die Kardinalprobleme, die zum schulischen Leiden vieler Kinder führen, jemals angegangen wurden. Bis heute ist nicht die politische Einsicht entstanden, dass sich die „dörfliche“ Gemeinschaft seit 30 Jahren aus der Erziehungsarbeit verabschiedet hat und dies auch durch die Schulgemeinschaft aufgefangen werden muss. Stattdessen lässt man die Eltern völlig alleine mit ihren Kindern (oft fehlen heute sogar Großeltern oder Onkel und Tante) und der riesigen Aufgabe, diese in

einer globalen, völlig schrankenlosen Gesellschaft zu verantwortungsbewussten, selbständigen Menschen zu erziehen. Statt Unterstützung dort, wo die Kinder die meiste Zeit ihres jungen Lebens verbringen, in und mit der Schule (diese wirkt ja weit in das Elternhaus hinein), werden die Klinikbetten ausgebaut. Das ist an Zynismus kaum mehr zu übertreffen.

Eltern können immer nur einen Teil der Erziehungsarbeit leisten. Ihr Part endet mit dem Öffnen der Haustür und der Angst, ihre Kinder in den Alltag an KiTas und Schulen entlassen zu müssen, der ihnen in zu vielen Fällen mit körperlicher oder verbaler Gewalt, Frustration, Beschämung, Unverständnis, Mobbing, Verführung etc. begegnet. Ich habe meinem Mann noch nie die Gabel an den Kopf geworfen, wenn ich das Salz haben wollte, oder ihm eines mit dem Tennisschläger übergezogen, wenn ich verloren habe, weshalb die Theorie mit dem Lernen von den Eltern offenbar zu kurz gesprungen ist.

Als Mutter habe ich mittlerweile das Gefühl, nicht zu erziehen, sondern zu reparieren. Was dringend notwendig ist, ist ein professioneller Umgang mit dem Thema „Erziehung“ und nicht die fast naive Reaktion, dass eben die Eltern versagen. Wenn wir wirklich Kindern helfen wollen, dann müssen ALLE (und nicht nur die Eltern) hingucken, zuhören, Mut machen, nie nachlassen, in dem Bemühen, jedes Kind mitzunehmen und es zu begleiten auf seinem Weg, ein selbstbewusster, verantwortungsvoller, empathischer Erwachsener zu werden. Solange aber weite Teile der Gesellschaft lieber Geld damit verdienen, dass sie Kinder an die Glotze und den Computer binden, Kindern Alkohol verkaufen und diesen als Coolmacher Nr. 1 darstellen, Wäsche durch retuschierte Magermodels anpreisen, Medikamente als kleine Muntermacher feiern, und solange der Geburtenrückgang politisch als Einsparmaßnahme im teuren Bildungswesen gesehen wird und Eltern als erziehungsunfähig, faul, verantwortungslos oder nicht kompetent herausgedeutet werden, so lange ist es verständlich, dass immer weniger junge Menschen bereit sind, Familie zu gründen. Schade, denn Kinder sind die Erfüllung unseres Daseins. Sie sind das größte Glück und der Boden, auf dem unsere Gesellschaft wachsen kann. Wie wäre es mit mehr Gemeinschaft, mit mehr Herzensbildung an den Schulen und in den KiTas statt mehr Klinikbetten?

Herzlichst

Ihre

Christiane Staab

Impressum: Herausgeber: Der Landeselternbeirat Baden-Württemberg, Alexanderstraße 81, 70182 Stuttgart, Vorsitzende: Christiane Staab – Schriftleitung: Sylvia Wiegert (sw), Margeritenweg 2, 72250 Freudenstadt, E-Mail: sib@leb-bw.de, Internet: www.leb-bw.de. Weitere Mitarbeiter der Redaktion: Uwe Bimmler (ub), Hartmut Wagner (hw) – Verlag: Neckar-Verlag GmbH, Klosterring 1, 78050 Villingen-Schwenningen, Telefon (07721) 8987-0. E-Mail: info@neckar-verlag.de, Internet-Adresse: www.neckar-verlag.de – Erscheint sechsmal im Schuljahr – Bestellung beim Verlag – Jahresabonnement Euro 10,65 zzgl. Porto. Abbestellungen nur zum Schuljahresende schriftlich, jeweils acht Wochen vorher – Rücksendung unverlangt eingeschickter Manuskripte, Bücher und Arbeitsmittel erfolgt nicht. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Haftung übernommen. Nachdruck nur mit Genehmigung der Schriftleitung oder des Verlags. Zuschriften nur an die Schriftleitung.

Frankfurt, Hamburg und Stuttgart 13% der Zugewanderten ohne jeden Bildungsabschluss.

Solche Zahlen kennzeichnen eine bis heute verfehlte Zuwanderungs- und Integrationspolitik. Besonders schlecht steht es um die Bildung eines großen Teils der Migranten in vielen nordrhein-westfälischen Städten. In Dortmund, Wuppertal und Bielefeld sind 18%, in Köln 20 und in Duisburg sogar 22% der Migranten ohne jeden Abschluss.

Kosten der Eingliederung

Zugewanderte erzielen zurzeit nicht nur eine schlechte ökonomische Bilanz in der Gegenwart, sondern werden diese bei einer Fortschreibung des status quo in den kommenden Jahren weiter verschlechtern. Weil Menschen mit Migrationshintergrund einen immer größeren Teil der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter stellen werden, vergrößern sich die heute fälligen Kosten in der Zukunft nach dem Prinzip von Zins und Zinseszins: Heute schon wendet der Bund Milliarden von Euro auf, mit dem Ziel, Familien zu entlasten, die Zahl der Geburten zu erhöhen und die Folgen des demografischen Wandels abzufedern. So waren für das im Dezember 2006 eingeführte Elterngeld allein 2008 insgesamt rund vier Milliarden Euro vorgesehen. Mit solchen Investitionen soll heute einer demografisch begründeten Wirtschaftsschwäche vorgebeugt werden.

Was in Zukunft unbezahlbar wird, ist heute vielleicht gerade noch finanzierbar. Eine vergleichbare Präventiv-Kalkulation findet aber im Hinblick auf die Integration bisher kaum statt. Die Anstrengungen zur Integration von Migranten in das Bildungssystem und in den Arbeitsmarkt fallen angesichts der großen Probleme und ihrer noch viel größeren Hebelwirkung in der Zukunft bescheiden aus. Zur Förderung der Integration von Zugewanderten, für Integrationskurse und die Erstberatung von Migranten waren für das Jahr 2008 vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge insgesamt nur gut 200 Millionen Euro eingeplant.

Würde der Staat nur einen Bruchteil der rund 24 Milliarden Euro jährlich, die Arbeitslosigkeit und Sozialhilfebezug in Folge mangelhafter wirtschaftlicher Integration heute kosten, in bessere Integrationsmaßnahmen stecken, ließen sich in einigen Jahren vermutlich deutlich höhere Gewinne erzielen. Denn Aufwendungen für eine bessere Integration von sozial und wirtschaftlich Abgehängten (Migranten wie Einheimischen) sind keine Almosen für Bedürftige, sondern Zukunftsinvestitionen im volkswirtschaftlichen Gesamtinteresse. In einer Gesellschaft, der aus demografischen Gründen die jungen Menschen ausgehen und die daher in den kommenden Jahrzehnten mit einer rückläufigen Zahl an Erwerbsfähigen zu kämpfen haben wird, ist es fahrlässig, die vorhandenen Potenziale massiv zu missachten und verkümmern zu lassen.

Sicherung des sozialen Friedens

Und nicht allein das: Eine gute Integration der zum heutigen Zeitpunkt in Deutschland lebenden Migranten ist auch eine Voraussetzung für den sozialen Frieden im Land und erleichtert die künftige Zuwanderung von hoch Qualifizierten, nach denen die Wirtschaft bereits heute dringend sucht.

Ein Staat mit sichtbar schlechten Existenzbedingungen für Migranten kann kaum einladend auf Menschen wirken, die im internationalen Wettbewerb um Fachkräfte zunehmend die Wahl haben, wo sie sich niederlassen.

Um in diesem Wettbewerb zu bestehen, müsste beispielsweise die Idee der europäischen Blue Card umgesetzt werden. Nach diesem Modell würde der gesamte Arbeitsmarkt der EU allen hoch qualifizierten Bewerbern offen stehen.

Studie und weiterführende Informationen:

Die Studie unter dem Titel „Ungenutzte Potenziale“ finden Sie auf www.berlin-institut.org

Zehn Argumente für die Hauptschule im Dorf

1. Sowohl in den Hauptschulen als auch in den Werkrealschulen (WRS) wird der identische Unterrichtsstoff vermittelt. Kein Kind wird also abgehängt, wenn es nicht auf eine WRS geht.
2. Die Grund- und Hauptschule besuchen die Kinder seit dem ersten Schultag. Daher kann nahtlos an bestehende Fördermaßnahmen angeknüpft werden. Weder das Kind noch die Lehrer benötigen eine „Einarbeitungszeit“ bzgl. der Lernschwächen des Kindes.
3. Durch die Wohnsitznähe werden Fahrtkosten gespart, die sonst wieder einmal die Eltern zu tragen haben.
4. Gerade große und anonyme Lerneinheiten bergen für schwächere Kinder ein hohes Gefahrenpotenzial. Da die WRS oftmals in den städtischen Räumen oder größeren Gemeinden angesiedelt sind, ist mit einer Steigerung der Gewaltproblematik an diesen Schulen zu rechnen. Dies wird die „Landeier“ besonders treffen.
5. Die Finanzierung der Grund- und Hauptschule über den Schülerlastenausgleich, der für die Hauptschüler gezahlt wurde, entfällt. Ihre Grundschule muss die Kommune aus eigener Finanzkraft stemmen.
6. Lokale Netzwerke und Bündnisse, durch welche insbesondere Hauptschüler aufgefangen werden, benötigen die Nähe zur Schule. Ein Netzwerk mit einer 10 oder 15 oder noch mehr Kilometer entfernten WRS wird nicht funktionieren.
7. Sollte es zu einer Kooperation kommen, so ist unbedingt darauf zu pochen, dass diese vertikal geteilt erfolgt und bis zur Klasse 9 geführt werden kann. Sonst machen alle Berufsvorbereitungsbündnisse an den Hauptschulen keinen Sinn. Insbesondere die Hauptschulen in intakten Gemeinden haben hier bereits große Erfolge erzielt, die nicht sterben dürfen. Sonst verlieren die ortsansässigen Handwerker genauso wie die Kinder.
8. Es muss darauf geachtet werden, dass bei einer Kooperation nicht die Stammschule die guten Lehrer aus den Kollegien für sich herauspickt und schlechtere an den Teilstandort schickt. Sonst werden die Teilstandorte mangels Qualität und mangels Zulauf schnell sterben.
9. Der bisher sehr erfolgreiche Bildungsweg, nach der Hauptschule die zweijährige Berufsfachschule zu besuchen, entfällt bei der WRS. Dieser mittlere Bildungsabschluss ist aber durchaus weiterhin möglich, wenn die Hauptschule bis Klasse 9 geführt wird.
10. Dass die Kooperation zwischen den Beruflichen Schulen und den WRS in Klasse zehn reibungslos funktioniert, ist eher unwahrscheinlich, da sich an der Beruflichen Schule viele Schüler aus unterschiedlichen WRS treffen werden. Auch die individuelle Förderung der Jugendlichen ist in den Beruflichen Schulen, in denen sie nur zweimal in der Woche unterrichtet werden, eher unwahrscheinlich.

Redaktion SiB